



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Andreas Winhart, Ulrich Singer, Josef Seidl, Jan Schiffers, Gerd Mannes, Christian Klingen** AfD
vom 18.04.2021

Die Corona-/COVID-Kampagne als Mittel zum Zweck der Ermöglichung des „Great Reset“ des World Economic Forum (WEF)

Der ehemalige Botschafter des Vatikan in den USA, Erzbischof Carlo Maria Viganò, beschrieb den nicht öffentlich vorgestellten Inhalt und Zweck des „Great Reset“ in einem offenen Brief an das Weiße Haus, der nachweislich am 30.09.2020 um 09.12 Uhr, also vor sechs Monaten, online gestellt wurde, wie folgt: *„Der Zweck des Great Reset ist die Einführung einer Gesundheitsdiktatur, die auf die Einführung freiheitsvernichtender Maßnahmen abzielt und sich hinter verlockenden Versprechungen verbirgt, ein universelles Einkommen zu gewährleisten und individuelle Schulden zu erlassen. Der Preis für diese Konzessionen aus dem Internationalen Währungsfonds wird der Verzicht auf Privateigentum und die Einhaltung eines Impfprogramms gegen COVID-19 und COVID-21 sein, das von Bill Gates in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Pharmakonzernen gefördert wird. Abgesehen von den enormen wirtschaftlichen Interessen, die die Befürworter des Great Reset motivieren, wird die Einführung der Impfung mit der Anforderung eines Gesundheitspasses und eines digitalen Personalausweises einhergehen, mit der konsequenten Kontaktverfolgung der Bevölkerung der ganzen Welt. Diejenigen, die diese Maßnahmen nicht akzeptieren, werden in Internierungslagern eingesperrt oder unter Hausarrest gestellt und ihr gesamtes Vermögen wird beschlagnahmt ... Herr Präsident, ich kann mir vorstellen, dass Sie bereits in Kenntnis darüber sind, dass in einigen Ländern der Great Reset zwischen Ende dieses Jahres und dem ersten Trimester 2021 aktiviert werden wird. Zu diesem Zweck sind weitere Lockdowns geplant, die offiziell dadurch gerechtfertigt werden, eine angebliche zweite und dritte Welle der Pandemie zurückzudrängen. Die Akteure sind sich der Mittel bewusst, die eingesetzt wurden, um Panik zu säen und drakonische Einschränkungen der individuellen Freiheiten zu legitimieren, die eine weltweite Wirtschaftskrise kunstvoll provozieren. In den Absichten seiner Architekten wird diese Krise dazu dienen, die Ressourcen der Nationen für den Great Reset irreversibel zu machen und damit einer Welt den letzten Schlag zu versetzen, deren Existenz und Erinnerung sie vollständig aufheben wollen. Aber diese Welt, Herr Präsident, umfasst Menschen, Neigungen, Institutionen, Glauben, Kultur, Traditionen und Ideale: Menschen und Werte, die nicht wie Automaten handeln, die nicht wie Maschinen gehorchen, weil sie mit einer Seele ausgestattet sind und einem Herz, weil sie durch eine spirituelle Verbindung miteinander verbunden sind, die ihre Kraft von oben bezieht, von diesem Gott, den unsere Gegner herausfordern wollen ... Viele Menschen ärgern sich – wie wir wissen – über diesen Hinweis auf den Konflikt zwischen Gut und Böse und die Verwendung von ‚apokalyptischen‘ Obertönen, die ihnen zufolge die Geister verärgern und die Spaltungen schärfen. Es ist nicht verwunderlich, dass der Feind verärgert darüber ist, entdeckt zu werden, wenn er glaubt, die Zitadelle erreicht zu haben, die er ungestört erobern möchte.“* (<http://web.archive.org/web/20201030091242/https://catholicfamilynews.com/blog/2020/10/30/open-letter-to-president-donald-trump/>).

Am 20.09.2020 meldet die Tagesschau: *„Eine für fast alles – das soll nach dem Wunsch des Bundesinnenministers Horst Seehofer die neue allgemeine Bürgernummer werden. Ein Referentenentwurf aus seinem Ministerium sieht vor, dass die Steueridentifikationsnummer als zentrale Personenkennziffer künftig für 51 zusätzliche, sehr unterschiedliche Register genutzt werden soll. Damit soll Verwaltungsaufwand minimiert werden.“* (<https://www.tagesschau.de/inland/buergernummer-gutachten-101.html>)

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Am 29.01.2021 meldet der BR: „... in Parsberg im Kreis Neumarkt in der Oberpfalz ... werden uneinsichtige ... eingeliefert ... Wer aber eine Quarantäne missachtet, dem kann nach dem Infektionsschutzgesetz auch die zwangsweise Unterbringung in einer Klinik drohen. Bei Tuberkulose ist das schon der Fall ... Demnach kann eine Unterbringung auch für Personen angeordnet werden, die sich mit dem Coronavirus infiziert haben, deshalb unter Quarantäne gestellt wurden, aber gegen die Auflage verstoßen haben.“ (<https://www.br.de/nachrichten/bayern/zwangsweise-unterbringung-fuer-quarantaene-verweigerer.SNP9TNZ>).

Am 17.04.2020 meldet die Bild-Zeitung: „Mit Blick auf die Zeit nach Corona erklärt Gabriel: ‚Es kann schon sein, dass es zu einem solchen Lastenausgleich kommen wird. Da ist dann aber nicht nur die Politik dran beteiligt, sondern sehr viele Menschen und auch die, die weit mehr verdienen als jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages.‘“ (<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/lastenausgleich-nach-corona-krise-gabriel-fordert-vermoegens-umverteilung-70104176.bild.html>)

Da es sich um einen offenen Brief handelt, ist die Kenntnis von dessen Inhalt der Staatsregierung zuzurechnen. Doch damit nicht genug. Angesichts aktueller Entwicklungen, die als Umsetzung einzelner dieser Ankündigungen vom 30.09.2021 gelesen werden können, drängen sich Fragen auf. Um Unklarheiten wegen der Übersetzung zu vermeiden wird in der Folge auf den originalen englischen Text Bezug genommen.

Wir fragen die Staatsregierung:

1. COVID als Mittel zum Zweck des „Great Reset“ 6
 - 1.1 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „The purpose of the Great Reset is the imposition of a health dictatorship ...“ durch die am Mittwoch, den 21.04.2021, in den Bundestag einzubringende und nach dortiger Verabschiedung wohl am 22.04.2021 dem Bundesrat und damit auch der Staatsregierung vorzulegende Novellierung des Infektionsschutzgesetzes praktisch umgesetzt wird (bitte begründen)? 6
 - 1.2 Aus welchen Gründen benötigt aus Sicht der Staatsregierung die Bundesregierung den von ihr am 21.04.2020 dem Bundestag vorgelegten und nach Verabschiedung dem Bundesrat und damit auch der Staatsregierung vorzulegenden Entwurf enthaltene Erweiterung der Machtfülle (bitte für jede einzelne der angestrebten Erweiterungen einzeln ausführen und in jedem der Fälle die der Staatsregierung bekannte sachliche Notwendigkeit dazu gegenüberstellen)? 6
 - 1.3 Aus welchen Gründen kann jede der in 1.1 und 1.2 aufgeschlüsselten Maßnahmen aus Sicht der Staatsregierung nur der Bund bewerkstelligen und nicht auch das Land Bayern (bitte hierbei jede der Kompetenzen aufschlüsseln, die zur Pandemiebekämpfung bisher vom Land auf den Bund übertragen wurden)? 6
2. Der COVID-Maßnahmen-bedingte finanzielle Ruin als Mittel zum Zweck eines Schuldenerlasses 6
 - 2.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Realitätsbezug der Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 betreffend des Zwecks „... aiming at the imposition of liberticidal measures, hidden behind tempting promises of ensuring a universal income and cancelling individual debt ...“ der in 1 abgefragten Einführung einer Gesundheitsdiktatur (bitte für die Antwort davon ausgehen, dass die Kenntnis eines offenen Briefs dieser Brisanz der Staatsregierung zuzurechnen ist)? 6
 - 2.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die von Bund und Ländern definierten Maßnahmen, mit denen angeblich das COVID-Virus zurückgedrängt werden soll, mindestens mittelbar das Ziel haben, im Sinne von 2.1 ganze Segmente der Bevölkerung in den finanziellen Ruin zu treiben, um in einem weiteren Schritt dann den derart Ruinierten eine Erleichterung oder Streichung ihrer Schulden als „Lösung“ und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen anbieten/durchsetzen zu können? 6

- 2.3 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vorhaben, dass Personen, die durch die Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung des COVID-19-Virus in ihrer finanziellen Existenz ruiniert wurden, zukünftig mit einem Erlass mindestens eines Teils ihrer Schulden rechnen können? 6
3. Der COVID-Maßnahmen-bedingte finanzielle Ruin als Mittel zum Zweck der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens 6
- 3.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Realitätsbezug der Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 betreffend des Preises der in 2 abgefragten „Großzügigkeit“ „... The price of these concessions ... will be the renunciation of private property ...“ den Bürgern die Schuldenlast zu nehmen (bitte für die Antwort davon ausgehen, dass die Kenntnis eines offenen Briefs dieser Brisanz der Staatsregierung zuzurechnen ist)? 6
- 3.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass der Umstand, dass die von Bund und Ländern definierten Maßnahmen, mit denen angeblich das COVID-Virus zurückgedrängt werden soll, mindestens mittelbar das Ziel haben, im Sinne von 2.1 ganze Segmente der Bevölkerung in den finanziellen Ruin zu treiben, um in einem weiteren Schritt dann den derart Ruinierten nicht nur eine Erleichterung oder Streichung ihrer Schulden als „Lösung“ und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen anbieten/durchsetzen zu können, sondern dass hierbei auch das Recht auf Privateigentum der Bürger zurückgedrängt werden soll? 7
- 3.3 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vorhaben, dass Personen, die durch die Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung des COVID-19-Virus in ihrer finanziellen Existenz ruiniert wurden, als Bedingung für eine Streichung ihrer Schulden und/oder der Inanspruchnahme eines bedingungslosen Grundeinkommens erklären müssen, auf Privateigentum mindestens teilweise zu verzichten? 7
4. Der COVID-Maßnahmen-bedingte finanzielle Ruin als Mittel zum Zweck der Einführung einer regelmäßigen Impfung 7
- 4.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Realitätsbezug der Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 betreffend des Preises der in 2 abgefragten „Großzügigkeit“ „... The price of these concessions ... will be ... adherence to a program of vaccination against COVID-19 and COVID-21 ...“, wobei als COVID-21 offenkundig die Mutationen, wie z. B. B.1.1.7, zu verstehen sind, den Bürgern die Schuldenlast zu nehmen (bitte für die Antwort davon ausgehen, dass die Kenntnis eines offenen Briefs dieser Brisanz der Staatsregierung zuzurechnen ist)? 7
- 4.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass der Umstand, dass die von Bund und Ländern definierten Maßnahmen, mit denen angeblich das COVID-Virus zurückgedrängt werden soll, mindestens mittelbar das Ziel haben, im Sinne von 2.1 ganze Segmente der Bevölkerung in den finanziellen Ruin zu treiben, um in einem weiteren Schritt dann den derart Ruinierten nicht nur eine Erleichterung oder Streichung ihrer Schulden in Sinne von 2.1 als „Lösung“ und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen im Sinne von 3.1 anbieten/durchsetzen zu können, sondern dass dies nur gewährt werden soll, wenn der Betroffene sich im Sinne von 4.1 auch impfen lässt? 7
- 4.3 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vorhaben, dass Personen, die durch die Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung des COVID-19-Virus in ihrer finanziellen Existenz ruiniert wurden, als Bedingung für eine Streichung ihrer Schulden und/oder der Inanspruchnahme eines bedingungslosen Grundeinkommens erklären müssen, sich gegen COVID impfen zu lassen? 7

5. COVID als Mittel zum Zweck, Elemente einzuführen, um den Bürger zu erfassen und zu nummerieren und verfolgen zu können 7
- 5.1 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Beyond the enormous economic interests that motivate the promoters of the Great Reset, the imposition of the vaccination will be accompanied by the requirement of a health passport ...“ durch den über die EU eingeführten und auf der 11. und 12. Bund-Länder-Konferenz auf Bundesebene „beschlossenen“ „digitalen Impfpass“ o. Ä. als praktisch umgesetzt anzusehen (bitte begründen)? 7
- 5.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Beyond the enormous economic interests that motivate the promoters of the Great Reset, the imposition of the vaccination will be accompanied by the requirement of ... a digital ID ...“ durch das am 20.09.2020 gemeldete Vorhaben, auf Bundesebene die Steuernummer zu einer „Bürgernummer“ weiterzuentwickeln, indem „die Steueridentifikationsnummer als zentrale Personenkennziffer künftig für 51 zusätzliche, sehr unterschiedliche Register genutzt werden soll“? 7
- 5.3 Welche Position hat die Staatsregierung zu Bestrebungen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, dass „... die Steueridentifikationsnummer als zentrale Personenkennziffer künftig für 51 zusätzliche, sehr unterschiedliche Register genutzt werden soll“ (in diesem Zusammenhang bitte insbesondere die Position der Staatsregierung zur damit geschaffenen Möglichkeit, Bewegungsprofile zu erstellen, offenlegen)? 8
6. Vermögenseinzug und/oder Internierung für Widerständige 8
- 6.1 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Those who do not accept these measures will be ... placed under house arrest ...“ durch die im Infektionsschutzgesetz angelegte Option, per Test als „Infizierte“ ausgewiesene Personen unter Quarantäne zu setzen, was im Kern nichts anderes als Hausarrest ist, bereits umgesetzt ist (bitte begründen)? 8
- 6.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Those who do not accept these measures will be confined in detention camps ...“ durch die Öffnung der TBC-Klinik in Parsberg auch für COVID-Maßnahmen-Verweigerer im Januar 2021 als umgesetzt angesehen werden kann (bitte begründen)? 8
- 6.3 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Those who do not accept these measures ... and all their assets will be confiscated ...“ durch den Vorschlag des ehemaligen Vizekanzlers Sigmar Gabriel vom 17.04.2021, einen Lastenausgleich wie nach dem Zweiten Weltkrieg durchzuführen, als eingeleitet anzusehen? 8
7. Verschwörungstheorie oder Verschwörungspraxis? 8
- 7.1 Aus welchen Gründen sprechen aus Sicht der Staatsregierung die zunehmenden Phänomene, die man als Umsetzung der Vorhersagen des Erzbischofs Carlo Maria Viganò lesen kann, in ihrer Gesamtschau für oder gegen eine zunehmende Wahrscheinlichkeit, dass die in 1 bis 6 angefragten Maßnahmen von Bund und Ländern, die angeblich zur Zurückdrängung von COVID-19 dienen sollen, tatsächlich mindestens als zweites Ziel oder sogar als Hauptziel der Einleitung und/oder Umsetzung des „Great Reset“ dienen (bitte ausführlich begründen)? 8
- 7.2 Aus welchen Gründen sieht die Staatsregierung angesichts der in 1 bis 6 abgefragten Übereinstimmungen die Zuständigkeit des bayerischen Verfassungsschutzes als gegeben an oder nicht, zumal COVID offenkundig ein Mittel zum Zweck ist, in die in der Bayerischen Verfassung garantierten Grundrechte einzugreifen (bitte ausführlich begründen)? 8

- 7.3 Aus welchen Gründen hält die Staatsregierung die von Erzbischof Carlo Maria Viganò getätigten und in 1 bis 7 abgefragten Äußerungen als „Verschwörungstheorie“ oder auch nicht (bitte hierbei angeben, ob die in 1 bis 6 abgefragten Teile des offenen Briefs des Erzbischofs in die von den Verfassungsschutzbehörden neu geschaffene Kategorie des „Verschwörungs-Extremisten“ passen und die Arbeitsdefinition der letzteren bitte angeben)? 8
8. Position der Staatsregierung auch unter Bezug auf Drs. 18/13952 8
- 8.1 Wie erklärt sich die Staatsregierung das Phänomen, dass sie ausweislich Drs. 18/13952 – „keine Veranlassung gesehen, sich mit der genannten Publikation oder dem darin enthaltenen Konzept inhaltlich näher auseinanderzusetzen“ – offenkundig und objektiv nachvollziehbar die in 1 bis 7 abgefragte Agenda des „Great Reset“ nicht nur nahtlos umsetzt, sondern mithilfe von Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Umsetzung sogar oftmals vorprescht? 8
- 8.2 Welche nicht privaten Gesprächsinhalte hatte das in 2.3 in Drs. 18/13952 abgefragte Gespräch mit Prof. Dr. Klaus Schwab – WEF – am 20.01.2020 (bitte hierbei ergänzend zu 4.1 mindestens auf die Pläne des Ministerpräsidenten eingehen, sich um die Kanzlerschaft in Deutschland zu bewerben, und um die Umsetzung des „Great Reset“ bei den in 4.1 aufgelisteten Themen die aufschlüsseln, an denen Prof. Dr. Klaus Schwab oder dessen Sohn Oliver Schwab mindestens zeitweise teilnahmen)? 8
- 8.3 Wie meint die Staatsregierung, dass sie – gemessen am Maßstab des ehemaligen Nuntius des Vatikan in den USA Erzbischof Carlo Maria Viganò – den „Great Reset“ ausweislich der Fragen 1 bis 7 nicht nur nahtlos umsetzt, sondern bei dessen Umsetzung durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder oftmals sogar vorprescht, dies in Einklang bringen kann mit dem in Drs. 18/13952, Fragen von 6.1 und 8.3, aufgebauten Eindruck, von einem Zusammenhang zwischen COVID/COVID-Maßnahmen angeblich keine Ahnung zu haben (bitte hierbei die Änderung des Kenntnisstands zu Fragen 6, 7 und 8 in Drs. 18/13952 vom damaligen Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage zum Zeitpunkt der Beantwortung der vorliegenden Anfrage offenlegen)? 9

Antwort

des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
vom 28.05.2021

1. COVID als Mittel zum Zweck des „Great Reset“
 - 1.1 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „The purpose of the Great Reset is the imposition of a health dictatorship ...“ durch die am Mittwoch, den 21.04.2021, in den Bundestag einzubringende und nach dortiger Verabschiedung wohl am 22.04.2021 dem Bundesrat und damit auch der Staatsregierung vorzulegende Novellierung des Infektionsschutzgesetzes praktisch umgesetzt wird (bitte begründen)?
 - 1.2 Aus welchen Gründen benötigt aus Sicht der Staatsregierung die Bundesregierung den von ihr am 21.04.2020 dem Bundestag vorgelegten und nach Verabschiedung dem Bundesrat und damit auch der Staatsregierung vorzulegenden Entwurf enthaltene Erweiterung der Machtfülle (bitte für jede einzelne der angestrebten Erweiterungen einzeln ausführen und in jedem der Fälle die der Staatsregierung bekannte sachliche Notwendigkeit dazu gegenüberstellen)?
 - 1.3 Aus welchen Gründen kann jede der in 1.1 und 1.2 aufgeschlüsselten Maßnahmen aus Sicht der Staatsregierung nur der Bund bewerkstelligen und nicht auch das Land Bayern (bitte hierbei jede der Kompetenzen aufschlüsseln, die zur Pandemiebekämpfung bisher vom Land auf den Bund übertragen wurden)?
2. Der COVID-Maßnahmen-bedingte finanzielle Ruin als Mittel zum Zweck eines Schuldenerlasses
 - 2.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Realitätsbezug der Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 betreffend des Zwecks „... aiming at the imposition of liberticidal measures, hidden behind tempting promises of ensuring a universal income and cancelling individual debt ...“ der in 1 abgefragten Einführung einer Gesundheitsdiktatur (bitte für die Antwort davon ausgehen, dass die Kenntnis eines offenen Briefs dieser Brisanz der Staatsregierung zuzurechnen ist)?
 - 2.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die von Bund und Ländern definierten Maßnahmen, mit denen angeblich das COVID-Virus zurückgedrängt werden soll, mindestens mittelbar das Ziel haben, im Sinne von 2.1 ganze Segmente der Bevölkerung in den finanziellen Ruin zu treiben, um in einem weiteren Schritt dann den derart Ruinierten eine Erleichterung oder Streichung ihrer Schulden als „Lösung“ und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen anbieten/durchsetzen zu können?
 - 2.3 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vorhaben, dass Personen, die durch die Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung des COVID-19-Virus in ihrer finanziellen Existenz ruiniert wurden, zukünftig mit einem Erlass mindestens eines Teils ihrer Schulden rechnen können?
3. Der COVID-Maßnahmen-bedingte finanzielle Ruin als Mittel zum Zweck der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens
 - 3.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Realitätsbezug der Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 betreffend des Preises der in 2 abgefragten „Großzügigkeit“ „... The price of these concessions ... will be the renunciation of private property ...“ den Bürgern die Schuldenlast zu nehmen (bitte für die Antwort davon ausgehen, dass die Kenntnis eines offenen Briefs dieser Brisanz der Staatsregierung zuzurechnen ist)?

- 3.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass der Umstand, dass die von Bund und Ländern definierten Maßnahmen, mit denen angeblich das COVID-Virus zurückgedrängt werden soll, mindestens mittelbar das Ziel haben, im Sinne von 2.1 ganze Segmente der Bevölkerung in den finanziellen Ruin zu treiben, um in einem weiteren Schritt dann den derart Ruinierten nicht nur eine Erleichterung oder Streichung ihrer Schulden als „Lösung“ und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen anbieten/durchsetzen zu können, sondern dass hierbei auch das Recht auf Privateigentum der Bürger zurückgedrängt werden soll?**
- 3.3 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vorhaben, dass Personen, die durch die Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung des COVID-19-Virus in ihrer finanziellen Existenz ruiniert wurden, als Bedingung für eine Streichung ihrer Schulden und/oder der Inanspruchnahme eines bedingungslosen Grundeinkommens erklären müssen, auf Privateigentum mindestens teilweise zu verzichten?**
- 4. Der COVID-Maßnahmen-bedingte finanzielle Ruin als Mittel zum Zweck der Einführung einer regelmäßigen Impfung**
- 4.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Realitätsbezug der Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 betreffend des Preises der in 2 abgefragten „Großzügigkeit“ „... The price of these concessions ... will be ... adherence to a program of vaccination against COVID-19 and COVID-21 ...“, wobei als COVID-21 offenkundig die Mutationen, wie z. B. B.1.1.7, zu verstehen sind, den Bürgern die Schuldenlast zu nehmen (bitte für die Antwort davon ausgehen, dass die Kenntnis eines offenen Briefs dieser Brisanz der Staatsregierung zuzurechnen ist)?**
- 4.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass der Umstand, dass die von Bund und Ländern definierten Maßnahmen, mit denen angeblich das COVID-Virus zurückgedrängt werden soll, mindestens mittelbar das Ziel haben, im Sinne von 2.1 ganze Segmente der Bevölkerung in den finanziellen Ruin zu treiben, um in einem weiteren Schritt dann den derart Ruinierten nicht nur eine Erleichterung oder Streichung ihrer Schulden in Sinne von 2.1 als „Lösung“ und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen im Sinne von 3.1 anbieten/durchsetzen zu können, sondern dass dies nur gewährt werden soll, wenn der Betroffene sich im Sinne von 4.1 auch impfen lässt?**
- 4.3 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vorhaben, dass Personen, die durch die Maßnahmen der Staatsregierung zur angeblichen Zurückdrängung des COVID-19-Virus in ihrer finanziellen Existenz ruiniert wurden, als Bedingung für eine Streichung ihrer Schulden und/oder der Inanspruchnahme eines bedingungslosen Grundeinkommens erklären müssen, sich gegen COVID impfen zu lassen?**
- 5. COVID als Mittel zum Zweck, Elemente einzuführen, um den Bürger zu erfassen und zu nummerieren und verfolgen zu können**
- 5.1 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Beyond the enormous economic interests that motivate the promoters of the Great Reset, the imposition of the vaccination will be accompanied by the requirement of a health passport ...“ durch den über die EU eingeführten und auf der 11. und 12. Bund-Länder-Konferenz auf Bundesebene „beschlossenen“ „digitalen Impfpass“ o.Ä. als praktisch umgesetzt anzusehen (bitte begründen)?**
- 5.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Beyond the enormous economic interests that motivate the promoters of the Great Reset, the imposition of the vaccination will be accompanied by the requirement of ... a digital ID ...“ durch das am 20.09.2020 gemeldete Vorhaben, auf Bundesebene die Steuernummer zu einer „Bürgernummer“ weiterzuentwickeln, indem „die Steueridentifikationsnummer als zentrale Personenkennziffer künftig für 51 zusätzliche, sehr unterschiedliche Register genutzt werden soll“?**

- 5.3 Welche Position hat die Staatsregierung zu Bestrebungen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, dass „... die Steueridentifikationsnummer als zentrale Personenkennziffer künftig für 51 zusätzliche, sehr unterschiedliche Register genutzt werden soll“ (in diesem Zusammenhang bitte insbesondere die Position der Staatsregierung zur damit geschaffenen Möglichkeit, Bewegungsprofile zu erstellen, offenlegen)?
6. Vermögenseinzug und/oder Internierung für Widerständige
- 6.1 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Those who do not accept these measures will be ... placed under house arrest ...“ durch die im Infektionsschutzgesetz angelegte Option, per Test als „Infizierte“ ausgewiesene Personen unter Quarantäne zu setzen, was im Kern nichts anderes als Hausarrest ist, bereits umgesetzt ist (bitte begründen)?
- 6.2 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Those who do not accept these measures will be confined in detention camps ...“ durch die Öffnung der TBC-Klinik in Parsberg auch für COVID-Maßnahmen-Verweigerer im Januar 2021 als umgesetzt angesehen werden kann (bitte begründen)?
- 6.3 Welche Argumente sprechen aus Sicht der Staatsregierung dagegen, dass die Vorhersage von Erzbischof Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 „Those who do not accept these measures ... and all their assets will be confiscated ...“ durch den Vorschlag des ehemaligen Vizekanzlers Sigmar Gabriel vom 17.04.2021, einen Lastenausgleich wie nach dem Zweiten Weltkrieg durchzuführen, als eingeleitet anzusehen?
7. Verschwörungstheorie oder Verschwörungspraxis?
- 7.1 Aus welchen Gründen sprechen aus Sicht der Staatsregierung die zunehmenden Phänomene, die man als Umsetzung der Vorhersagen des Erzbischofs Carlo Maria Viganò lesen kann, in ihrer Gesamtschau für oder gegen eine zunehmende Wahrscheinlichkeit, dass die in 1 bis 6 angefragten Maßnahmen von Bund und Ländern, die angeblich zur Zurückdrängung von COVID-19 dienen sollen, tatsächlich mindestens als zweites Ziel oder sogar als Hauptziel der Einleitung und/oder Umsetzung des „Great Reset“ dienen (bitte ausführlich begründen)?
- 7.2 Aus welchen Gründen sieht die Staatsregierung angesichts der in 1 bis 6 abgefragten Übereinstimmungen die Zuständigkeit des bayerischen Verfassungsschutzes als gegeben an oder nicht, zumal COVID offenkundig ein Mittel zum Zweck ist, in die in der Bayerischen Verfassung garantierten Grundrechte einzugreifen (bitte ausführlich begründen)?
- 7.3 Aus welchen Gründen hält die Staatsregierung die von Erzbischof Carlo Maria Viganò getätigten und in 1 bis 7 abgefragten Äußerungen als „Verschwörungstheorie“ oder auch nicht (bitte hierbei angeben, ob die in 1 bis 6 abgefragten Teile des offenen Briefs des Erzbischofs in die von den Verfassungsschutzbehörden neu geschaffene Kategorie des „Verschwörungsextremisten“ passen und die Arbeitsdefinition der letzteren bitte angeben)?
8. Position der Staatsregierung auch unter Bezug auf Drs. 18/13952
- 8.1 Wie erklärt sich die Staatsregierung das Phänomen, dass sie ausweislich Drs. 18/13952 – „keine Veranlassung gesehen, sich mit der genannten Publikation oder dem darin enthaltenen Konzept inhaltlich näher auseinanderzusetzen“ – offenkundig und objektiv nachvollziehbar die in 1 bis 7 abgefragte Agenda des „Great Reset“ nicht nur nahtlos umsetzt, sondern mithilfe von Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Umsetzung sogar oftmals vortreibt?
- 8.2 Welche nicht privaten Gesprächsinhalte hatte das in 2.3 in Drs. 18/13952 abgefragte Gespräch mit Prof. Dr. Klaus Schwab – WEF – am 20.01.2020 (bitte hierbei ergänzend zu 4.1 mindestens auf die Pläne des Ministerpräsidenten eingehen, sich um die Kanzlerschaft in Deutschland zu bewerben, und um die Umsetzung des „Great Reset“ bei den in 4.1 aufgelisteten Themen die aufschlüsseln, an denen Prof. Dr. Klaus Schwab oder dessen Sohn Oliver Schwab mindestens zeitweise teilnahmen)?

- 8.3 Wie meint die Staatsregierung, dass sie – gemessen am Maßstab des ehemaligen Nuntius des Vatikan in den USA Erzbischof Carlo Maria Viganò – den „Great Reset“ ausweislich der Fragen 1 bis 7 nicht nur nahtlos umsetzt, sondern bei dessen Umsetzung durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder oftmals sogar vorprescht, dies in Einklang bringen kann mit dem in Drs. 18/13952, Fragen von 6.1 und 8.3, aufgebauten Eindruck, von einem Zusammenhang zwischen COVID/COVID-Maßnahmen angeblich keine Ahnung zu haben (bitte hierbei die Änderung des Kenntnisstands zu Fragen 6, 7 und 8 in Drs. 18/13952 vom damaligen Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage zum Zeitpunkt der Beantwortung der vorliegenden Anfrage offenlegen)?**

Die Staatsregierung befasst sich nicht mit verschwörungstheoretischen Veröffentlichungen und Vorhersagen des Erzbischofs Carlo Maria Viganò. Gemäß § 71 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag müssen sich Schriftliche Anfragen auf Angelegenheiten, für die die Staatsregierung unmittelbar oder mittelbar verantwortlich ist, beschränken und knapp und sachlich gehalten sein. Es ist nicht erkennbar, wie durch eine Vorhersage des Erzbischofs Carlo Maria Viganò vom 30.09.2020 eine Zuständigkeit der Staatsregierung begründet sein könnte. Die sogenannte Vorhersage war der Staatsregierung vor Erhalt der Schriftlichen Anfrage nicht bekannt. Dementsprechend kann keine weiter gehende inhaltliche Beantwortung der Anfrage erfolgen.

Die Verlaufsszenarien von Pandemien sind – wie nicht zuletzt der Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 vom 03.01.2013, BT-Drs. 17/12051, zeigt – wissenschaftlich erforscht, sodass es keineswegs naheliegend ist, aus vermeintlichen partiellen Übereinstimmungen mit allgemeinen Darstellungen in einer Internetveröffentlichung einen Rückbezug auf einen angeblichen „Plan“ zu einem „Great Reset“ herzustellen.